S-55 Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements in der Stadtentwicklung

Gremium:	LAG Regional- und Stadtentwicklung
Beschlussdatum:	20.04.2021
Tagesordnungspunkt:	NRW sozial-ökologisch erneuern – mit diesen Projekten zeigen wir, wie wir die Zukunft sozial-ökologisch gestalten (Verkehr, Wirtschaft und Beschäftigung, Strukturwandel, Digitalisierung, Stadtentwicklung, Verbraucherschutz, ...)

Kurzbeschreibung des Projekts, inklusive Beschreibung des Alltagsbezugs/-nutzen für die Wähler*innen

Immer mehr Menschen reichen die (in-)formellen Beteiligungsangebote der Kommunen nicht mehr aus. Sie wollen an der Stadtentwicklung mitwirken und selbstständig Wohnprojekte, Gemeinschaftsgärten, Kulturorte uä. entwickeln. Mit ihren Projekten generieren sie einen sozialen/ ökologischen Mehrwert für die Gesellschaft. Die Rahmenbedingungen für die Entwicklung dieser Projekte sind ungünstig. Es gilt das zivilgesellschaftliche Engagement zu stärken und fördernde Voraussetzungen zu schaffen.

Welches übergeordnete Ziel setzt das Projekt um (z.B. Verkehrswende)?

Gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung

Zivilgesellschaftliche Akteure werden bislang nicht als gleichwertige Akteure der Stadtentwicklung angesehen. Es besteht eine große Skepsis im Hinblick auf Verlässlichkeit, Finanzkraft uä. Dabei haben zahlreiche Beispiele in NRW gezeigt, dass selbstgemachte Projekte funktionieren. Sie setzen Impulse und wirken stabilisierend auf abgehängte Quartiere. Dem Vorwurf sich nur auf ein bestimmtes Klientel zu konzentrieren, kann durch die Befähigung verschiedenster Gruppen entgegengewirkt werden.

Worin besteht der Beitrag zur Schärfung des grünen Profils, worin die Möglichkeit der kommunikativen

Partizipation ist ein zentrales Ziel der Grünen. Es gilt das Spektrum der Partizipation auszudifferenzieren und zu konkretisieren. Die Förderung zivilgesellschaftlicher Projekte in der Stadtentwicklung schärft das Grüne Profil.

Wie wird das Projekt konkret umgesetzt (verwaltungstechnisch, rechtlich, finanziell, zeitlich?

- Kompetenzaufbau „Kooperative Stadtentwicklung“
- Fortführung und Ausbau des Programms „Initiative ergreifen“.
- Entwicklung einer passenden Unternehmensform für wirtschaftliches bürgerschaftliches Engagement.
- Einrichtung von Bürgschaftsschirmen für gemeinwohlorientierte Vorhaben durch die Landesbank.
- Zugang zu landeseigenen Grundstücken und Bestandsgebäuden ermöglichen.
- Gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung in die Lehrpläne der planenden Hochschulen bringen.